

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. Juni 1978
am Donnerstag, dem 8. Juni 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	18, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	16, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	5, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	6, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	6, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	7, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2, 34 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Welche inhaltlichen Aussagen des vom Verbraucher-
schutzverband Hessen e. V. veröffentlichten
Schwarzbuches „Der Grüne Moloch“ sind in der
Sache unrichtig und berechtigen die Bundesregie-
rung dazu, diese aus der Sicht der Verbraucher-
interessen verfaßte Schrift so negativ zu beurteilen,
wie es in der Fragestunde am 11. Mai 1978 gesche-
hen ist?
2. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, die Bundesregierung plane,
Mittel für landwirtschaftliche Entwässerungsmaß-
nahmen im Interesse des Landschaftsschutzes oder
aus anderen Gründen zu kürzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

3. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es
dem Sinn des § 18 a BAföG nicht entspricht, einem
Auszubildenden den gesetzlich vorgesehenen Teil-
erlaß nicht zu gewähren, wenn dieser sein Studium
de facto ein Semester vor Ende der Förderungs-
höchstdauer beendet, dabei aber auf Grund ungün-
stiger Prüfungstermine den Semesterzeitraum von
6 Monaten bis zum Ende der Förderungshöchst-
dauer geringfügig unterschreitet, und ist die Bun-
desregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß das
Bundesverwaltungsamt seine bisherige Praxis in
dieser Hinsicht ändert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die laufenden
Preiserhöhungen der Arzneimittelhersteller, beson-
ders im letzten halben Jahr, und welche Möglich-
keiten sieht sie, den Verbrauchern möglichst schnell
ein Mindestmaß an Marktübersicht, insbesondere hin-
sichtlich der Preisdifferenzen für gleichartige Arz-
neimittel zu verschaffen?
5. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Warum sollen im 7. Rahmenplan neuaufgenommene
Regionen einheitlich nur einen Schwerpunktort er-
halten, obwohl die Charakteristika für Schwerpunk-
orte im 4. Rahmenplan einheitlich definiert und
seitdem auch so angewandt wurden, bereits geför-
derte Regionen also im Ergebnis weit mehr Schwer-
punkte haben werden, und wie läßt sich ein solcher
Beschluß mit dem Prinzip der Bundeseinheitlich-
keit der Förderung vereinbaren?

6. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- War es der Sinn der auf Grund vergangener Beschlußfassung des Planungsausschusses mit großem Aufwand bundeseinheitlich ermittelten und in mehreren Stufen fortentwickelten Datenreihen, die Verteilung der Wirtschaftsförderungsmittel der Gemeinschaftsaufgabe zu objektivieren, und wie würde sich damit ein Beschluß des Planungsausschusses vertragen, der ungleichgewichtig einerseits Besitzstände bereits geförderter Gebiete wahrt und andererseits deswegen nach diesen Daten neu zu fördernde Gebiete nicht aufnimmt?
7. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Grundprinzip der Bundeseinheitlichkeit bei der Wirtschaftsförderung aufgegeben wird, wenn die sich aus der Fortrechnung von Daten ergebenden Veränderungen nicht mehr gezogen werden, weil sich daraus Veränderungen der ursprünglichen Länderanteile an der Wirtschaftsförderung ergeben könnten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
8. Abgeordneter
Feinendegen
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einem Beschluß zustimmen, nach dem Arbeitsmarktreionen, deren Punktwerte weit (bis zu 19 v. H.) über der Förderschwelle liegen ohne Förderung bleiben und gleichzeitig andere Regionen, die mit dem gleichen Prozentsatz unter dieser Schwelle liegen, die Förderung behalten, und wenn ja, wie kann sie unter diesen Umständen dem Vorwurf der Willkür begegnen?
9. Abgeordneter
Feinendegen
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ergibt sich nach Bevölkerungszahl und Fläche, die Ausweitung der Fördergebiete im 7. Rahmenplan daraus, daß unter der Förderschwelle von 225 Punkten liegende Regionen die Förderung weiter erhalten, bzw. eine Einschränkung daraus, daß bisher nicht geförderte Gebiete, die diese angenommene Förderschwelle von 225 übersteigen, nicht aufgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die Untersuchung eines Mitarbeiters beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, über die Erfolge der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit bekannt, worin u.a. festgestellt wird, daß mehr als ein Drittel der in dieser Untersuchung befragten Jugendlichen nicht wieder zur Berufsberatung gehen würde, wenn es sich noch einmal in der gleichen Situation befände, und wenn ja, wird die Bundesregierung Konsequenzen aus der genannten Studie über die Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit ziehen?
11. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der durch die Änderung des Sozialgerichtsgesetzes vom 30. Juni 1974 erfolgten Ausweitung der Widerspruchsverfahren im Sozialrecht zu geben, insbesondere Aussagen darüber zu machen, ob dadurch mehr Versichertennähe sowie eine Entlastung der Sozialgerichte erreicht worden ist?

- | | |
|---|--|
| 12. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Versicherungsträgern neue Überlegungen, die sicherstellen, daß durch eine Verbesserung der Sachbearbeitung im Interesse der Versicherten die von vornherein falschen oder mißverständlichen Bescheide eingeschränkt werden und die Aufklärung der Versicherten in den Vordergrund gestellt wird, dies auch in Erfüllung des Sozialgesetzbuchs? |
| 13. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie ist die finanzielle Situation bei der Umlage für die produktive Winterbauförderung nach § 186 a AFG? |
| 14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Treffen Informationen zu, wonach bei der Bundesregierung Überlegungen angestellt werden, § 186 a AFG mit der Maßgabe zu ändern, die Erhebung der Umlage zur Finanzierung der produktiven Winterbauförderung analog der Regelung des § 186 b AFG in Zukunft vorzunehmen? |
| 15. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) | Inwieweit hat die Bundesregierung bzw. das zuständige Ministerium die in der schriftlichen Antwort auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Dr. Stavenhagen (Drucksache 8/1573, Fragen B 90 und 91) — in denen nach der Abführung des Gesamtversicherungsbeitrages durch Arbeitgeber an die Ersatzkassen gefragt wurde — abschließend erwähnte „sorgfältige Abstimmung mit allen am Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrages Beteiligten“ inzwischen vorgenommen und mit welchem Erfolg? |
| 16. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) | Welche besonderen Schwierigkeiten stehen einer solchen Neuregelung des Beitragseinzugsverfahrens auch für die Mitglieder der Ersatzkassen entgegen? |
| 17. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Welche neuen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, die sie veranlassen könnten, die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter zu verbessern — siehe Bericht der Frankfurter Rundschau vom 31. Mai 1978 —, und wann legt sie die Studie über die Effizienz der Arbeitsämter, sowie über Vermittlungshemmnisse auf der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite dem Bundestag vor? |
| 18. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Bestätigt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Arbeitsverwaltung im Bereich der ihr derzeit gegebenen Möglichkeiten zwar effektiv arbeitet, was u. a. die Vermittlungszahlen bestätigen, daß es aber zu einer optimalen Aufgabenerledigung — und damit auch zu einer Erhöhung der Vermittlungszahlen — nur dann kommen wird, wenn über die 1 600 neu bewilligten Planstellen hinaus den Vermittlungs- und Beratungsdiensten weitere Planstellen zur Verfügung gestellt werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|--|
| 19. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß — wie der Kölner Stadtanzeiger in seiner Ausgabe vom 12. Mai 1978, Nr. 102, berichtet — Soldaten der Bundeswehr im HUMA-Markt in St.-Augustin und im Großhandelsunternehmen METRO eingesetzt worden sind, und wenn ja, geschah dies mit Billigung der Bundesregierung? |
|---|--|

20. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, dafür zu sorgen, daß derartige Einsätze in Zukunft weder hier noch in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland erfolgen?
21. Abgeordnete
Frau Tübler
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufstiegsmöglichkeiten von Beamtinnen in der Bundeswehrverwaltung, insbesondere jener Frauen, die sich nach § 79 a des Bundesbeamtengesetzes beurlauben ließen und nach Inkrafttreten des Haushaltsstrukturgesetzes ihr Dienstverhältnis wieder aufgenommen haben, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
22. Abgeordnete
Frau Tübler
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die den Beamten des höheren Dienstes im nachgeordneten Bereich der Bundeswehrverwaltung erteilten dienstlichen Beurteilungsnoten von der Beurteilungspraxis im Bundesministerium der Verteidigung abweichen, und gibt es Zusammenstellungen darüber, wievielen Beamten im Ministerium und im nachgeordneten Bereich prozentual die gleiche Beurteilungsnote seit Einführung des gegenwärtigen Formblattes erteilt worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

23. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß Sozialhilfeempfänger keine finanziellen Verbesserungen u. a. durch die Erhöhung des Kindergeldes, des Wohngeldes oder des landwirtschaftlichen Altersgeldes erhalten, weil diese Steigerungsbeträge nach dem Bundessozialhilfegesetz als Einkommen von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt wieder abgezogen werden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Verfahren zu ziehen?
24. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Wirkt sich die Erhöhung des Kindergeldes, Wohngeldes oder landwirtschaftlichen Altersgeldes für Sozialhilfeempfänger so aus, daß durch die Einsparungen bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt die Betroffenen nicht begünstigt werden, und auf welche Weise kann dieses Anrechnungsverfahren geändert werden?
25. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wie haben sich die Regierungsbeiträge für das deutsch-französische Jugendwerk in den letzten Jahren entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung auf diesem Hintergrund die Situation und künftige Entwicklung des Jugendwerkes?
26. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Welche Fortschritte machen die Arbeiten der Transparenzkommission für den Arzneimittelmarkt, und wann ist mit der Vorlage der Transparenzliste zu rechnen?
27. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um auf Grund der von Herrn Staatssekretär Dr. Wolters nach seinem Chinabesuch publizierten positiven Äußerungen und Berichten über die Bedeutung und Unentbehrlichkeit von Naturheilmitteln, diesen die im Arzneimittelgesetz verankerte Gleich-

stellung zu verschaffen und den verschiedentlich erkennbaren Absichten entgegenzuwirken, diese Arzneimittelgruppe insbesondere die homöopathischen Arzneimittel von der Kostenerstattung durch die privaten Krankenkassen auf Grund einer den Wettbewerb ausschließenden konzernartigen Verabredung auszuschließen?

28. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Ergebnisse ihres diesbezüglichen Forschungsauftrags, um entwöhnungswilligen Rauchern bei ihren Bemühungen, vom Rauchen loszukommen, zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

29. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Wie ist die Tatsache zu erklären, daß — Zeitungs-meldungen zufolge — in Sachen Neckar-Alb-Auto-bahn zwei Bundesminister durch einander widersprechende Äußerungen hervorgetreten sind, da Bundesverkehrsminister Gscheidle laut „Heilbron-ner Stimme“ vom 22. Mai 1978 die Neckar-Alb-Autobahn als eine „dringende Notwendigkeit“ be-zeichnete, währenddessen sein Ministerkollege Hauff laut „Esslinger Zeitung“ vom 17. April 1978 zum Ausdruck brachte, er sei „nicht bereit, diese Planung zu unterstützen“, und ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung in absehbarer Zeit hinsichtlich der sich im Planungsstadium befindlichen Neckar-Alb-Autobahn eine einheitliche Meinungsbildung entwickelt?
30. Abgeordneter
Schirmer
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, auch für das Jahr 1979 Sonderbriefmarken mit Zuschlag zugunsten der Stiftung Deutsche Sporthilfe und damit für die individuelle Förderung der Sportler herauszugeben, und wenn ja, mit welchen Werten in wie hoher Zahl?
31. Abgeordneter
Schirmer
(SPD)
- Mit welchen Motiven sollen diese Sonderbriefmarken gegebenenfalls herausgegeben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

32. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welche Anforderungen stellt nach Auffassung der Bundesregierung § 131 Abs. 3 des Bundesbaugeset-zes an die Verteilungsmaßstäbe in gemeindlichen Erschließungsbeitragssatzungen?
33. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer Reform des Erschließungsbeitragsrechts den Bei-tragsmaßstab bundesrechtlich so festzulegen, daß dagegen aus allgemeinen und grundsätzlichen Er-wägungen heraus vorgebrachte rechtliche Einwände die Gerichte zu einer Vorlage an das Bundesverfas-sungsgericht zwingen?

34. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) An welche konkrete Maßnahme denkt der Bundeswohnungsbauminister, wenn er in der Zeitung „Die Welt“ vom 1. Juni 1978 erklärt, es sei erwünscht, die Bausparförderung für junge Familien mit Kindern zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

35. Abgeordneter
Curdtt
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Versuche mit dem Projekt Magnetschwebbahn, welche Ergebnisse liegen bisher vor, und wie wird deren Wertigkeit für die verkehrspolitische Zukunft gesehen?
36. Abgeordneter
Curdtt
(SPD) Trifft es zu, daß im Zusammenhang mit der Internationalen Verkehrsausstellung in Hamburg im Juni 1979 eine 900 m lange Versuchs- und Demonstrationsstrecke eines Magnetschwebbahnsystems aufgebaut, mit 25 Millionen DM Bundesmitteln bezuschußt und nach Ende der Ausstellung wieder abgerissen werden soll?
37. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Mit welchem Ziel werden in der Bundesrepublik Deutschland Einrichtungen und Forschungen zur Metallgewinnung mit Hilfe von Mikroben (Leaching) aus Bundesmitteln gefördert, und wie groß ist der finanzielle Umfang der Förderung?
38. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche der aus Bundesmitteln geförderten Laugungsverfahren zur Metallgewinnung mit Hilfe von Mikroben sind schon jetzt wirtschaftlich interessant, und wie beurteilt die Bundesregierung die künftige Einsetzbarkeit solcher Verfahren?
39. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, neue Urananreicherungsverfahren (z. B. Laseranreicherung) zu erproben, um die Unabhängigkeit bei der Kernbrennstoffversorgung zu vergrößern?
40. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Hemmnisse stehen nach Auffassung der Bundesregierung einer zügigen Weiterentwicklung der Hochtemperaturreaktor-Linie (600 oder 1200 MW-Reaktor) entgegen, und wie denkt sie, diese zu beseitigen?
41. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Welche Erwartungen knüpft die Bundesregierung an den Versuch, in Las Barancas (Mexiko) eine gesamte Siedlung mit Sonnenenergie zu versorgen?
42. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Welche Schwerpunkte hat die Bundesregierung für die Förderung bei der Entwicklung von Solarzellen zur Umwandlung von Sonnenenergie in Elektrizität gesetzt, und welche Verfahren hält sie für besonders erfolgversprechend?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

43. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Bedeutet die Aussage von Bundesminister Franke in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, „er wisse auch nicht, ob wir dazu (zur Geltendmachung der Menschenrechte gegenüber anderen Staaten) die Legitimation hätten schlechthin; es sei ja noch gar nicht so lange her, da seien in Deutschland die

Menschenrechte nicht nur mit Füßen getreten worden, sondern diejenigen, die darauf pochten, seien vergast worden“, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung keine Legitimation zur Geltendmachung von Menschenrechten solchen Staaten gegenüber hat, die sie heute mit Füßen treten, oder teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß unser demokratischer Staat gerade wegen der Mißachtung der Menschenrechte durch das Nazi-Regime eine besondere Verpflichtung hat, für die Rechte von SED-Regime unterdrückten Deutschen einzutreten?

44. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Wie ist die Aussage von Bundesminister Franke in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, „er glaube nicht, daß wir durch unsere Einflußnahme auf das Geschehen in der DDR bewegen könnten, unseren Vorstellungen (über die Menschenrechte) zu folgen, wenn sie es nicht aus eigener Erkenntnis mache“, mit dem innerdeutschen Grundlagenvertrag vereinbar, in dem sich die beiden Vertragspartner gegenseitig verpflichtet haben, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, darunter ausdrücklich die Menschenrechte, zu achten, und gibt diese Aussage der SED-Führung eine zusätzliche Handhabe, sich unter Berufung auf das zuständige Mitglied der Bundesregierung der Erfüllung dieser Vertragspflicht zu entziehen?

45. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)

Wie lassen sich die Ausführungen des Bundesministers Franke in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, wiedergegeben in den Informationen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen Nr. 9/78, zur Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR mit der Tatsache in Einklang bringen, daß seit Frühjahr 1976 die beiden Internationalen Pakte der VN über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Kraft und auch für die DDR bindend sind?

46. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)

Ist die Aussage von Bundesminister Franke in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, „es sei völlig absurd anzunehmen, wir könnten in die innere Ordnung anderer Staaten eingreifen und unsere Vorstellungen übertragen“, als Unterstellung aufzufassen, irgend eine politische Partei oder irgend ein Politiker in der Bundesrepublik Deutschland strebe danach, die Menschenrechte gewaltsam oder durch andere völkerrechtswidrige Maßnahmen in der DDR durchzusetzen, und was hat den Bundesminister veranlassen, zu einer solchen Aussage Veranlaß?

47. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Artikel 2 Abs. 2 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte die Vertragsstaaten — also auch die DDR — verpflichtet, den in diesem Pakt enthaltenen Menschenrechten durch Anpassung des innerstaatlichen Rechts Wirksamkeit zu verleihen, und daß diese Verpflichtung allen anderen Vertragsstaaten gegenüber besteht, und wie wird die Bundesregierung diese Verpflichtung von der DDR einfordern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

48. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Wie definiert die Bundesregierung im Zusammenhang mit den bekanntgewordenen Grenzkontrollen den Begriff „verdachtsnahe Personen“, und auf welcher Rechtsgrundlage unterliegt dieser Personenkreis einer „beobachtenden Fahndung“?
49. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Nach welchen Kriterien sind zwei Listen bei der Grenzschutzdirektion und dem Bundesamt für Verfassungsschutz mit Übersichten über linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste Organisationen (239 Organisationen) sowie linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste periodische Schriften (287 Publikationen) erstellt worden, die beim Bundesgrenzschutz eine Meldung an den Verfassungsschutz auslösen sollten?
50. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler auf die Frage des Abgeordneten Conradi, „daß grundsätzlich die Nachprüfung von mitgeführten Schriftstücken nicht zulässig ist“ (Plenarprotokoll über die Sitzung vom 19. Januar 1978, S. 5012) und der Äußerung des Pressereferenten des BMI laut Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1978, „daß auch künftig die Lektüre bestimmter Publikationen oder das Mitführen bestimmter Presseerzeugnisse als Indiz an den Verfassungsschutz gemeldet werden könne“, und wenn ja, wie beurteilt sie diesen Widerspruch?
51. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen den Äußerungen des Pressereferenten des Bundesministers des Innern am 16. Mai im Hessischen Rundfunk, die Listen mit den extremistischen bzw. extremistisch beeinflussten Organisationen und periodischen Schriften seien „an die Grenzschutzämter übersandt“ worden, und der Äußerung von Bundesminister Dr. Maihofer laut Bonner Generalanzeiger vom 22. Mai, die Listen seien lediglich auf „Informationsveranstaltungen der Grenzschützer“ benutzt worden, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Widerspruch?
52. Abgeordneter
Lutz
(SPD) War auf der „Liste mit Übersichten über links-extremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste periodische Schriften“ (der Pressereferent des BMI am 16. Mai im Hessischen Rundfunk) auch der „Pressedienst Demokratische Initiative“ PDI enthalten, und wenn ja, worauf stützt sich die Erkenntnis, daß es sich beim PDI um eine linksextremistisch beeinflusste periodische Schrift handelt?
53. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Welche Maßnahmen, gegebenenfalls disziplinarischer Art, wird der Bundesminister des Innern ergreifen, um den „Übereifer“ von Bundesgrenzschutzkräften durch die von ihm nicht legitimierte Aktion „Schnüffellisten“ zu ahnden bzw. nicht wieder, auch nicht für künftige vergleichbare Vorkommnisse, eintreten zu lassen?

54. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, sich bei den Personen und Organisationen, die von den im Jahre 1977 von der Grenzschutz-Direktion versandten Listen über Organisationen und Publikationen betroffen werden, für den pauschalen Vorwurf förmlich zu entschuldigen, es handele sich um links-extremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste Organisationen und Publikationen?
55. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft die Meldung der Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1978 zu, nach der „Bundesinnenminister Dr. Maihofer keine öffentlichen Diskussionen über die Zusammenarbeit des Bundesgrenzschutzes mit dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst wünscht“, und ist der Bundesinnenminister gegebenenfalls bereit, dem Bundestag eine Liste aller Themen vorzulegen, deren öffentliche Behandlung er nicht wünscht?
56. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wer hat die Löschungen der vom Bundesgrenzschutz anhand der Listen über bei Reisenden zu kontrollierende Zeitschriften und Vereine gewonnenen Erkenntnisse in den Datenspeichern des Bundesamts für Verfassungsschutz bzw. der Landesämter für Verfassungsschutz kontrolliert?
57. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Auf welcher Rechtsgrundlage hat die Bundesgrenzschutz-Direktion die Überprüfung von Reisenden auf die Mitführung von bestimmten Schriften und die Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen angeordnet, und wie verträgt sich diese Überprüfung und Weitergabe solcher Informationen an den Verfassungsschutz mit dem grundgesetzlich gesicherten Recht auf Informationsfreiheit bzw. Koalitionsfreiheit?
58. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Hält die Bundesregierung daran fest, daß – wie mir der Bundesinnenminister mit Schreiben vom 28. Februar 1978 mitgeteilt hat – bei Kontrollen im innerdeutschen Flugverkehr „eine Einsicht in den Inhalt von Akten keinesfalls statthaft“ ist, und gilt diese Feststellung auch für die Registrierung von mitgeführten Publikationen?
59. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen oder ausschließen, daß Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Grenzübertritt nur auf Grund der von ihnen mitgeführten Zeitschriften registriert wurden und das Registrierte an den Verfassungsschutz weitergeleitet wurde?
60. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Hat die Bundesregierung gegebenenfalls sichergestellt, daß dementsprechende Registrierungen beim Verfassungsschutz vernichtet worden sind?
61. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Wer hat die Überwachungslisten mit 239 Organisationen und 287 Publikationen gegengezeichnet, und welche disziplinarischen Konsequenzen wird der verantwortliche Bundesminister gegen diese Beamten unternehmen?

- | | |
|--|---|
| 62. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Auf welcher rechtlichen Grundlage gibt der Bundesgrenzschutz Erkenntnisse an den Verfassungsschutz weiter? |
| 63. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Wann hat die Bundesregierung, bzw. der Bundesinnenminister, erfahren, daß die Bundesgrenzschutzdirektion Koblenz unter Mithilfe des Bundesamts für Verfassungsschutz Listen über Zeitschriften und Vereine für die Kontrolle grenzüberschreitender Reisender in Form einer Verfügung an den Grenzschutzzeinzeldienst gegeben hat? |
| 64. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Bei welchen Schulungen des Bundesgrenzschutzes sind die Listen über Zeitschriften und Vereine, die im grenzüberschreitenden Verkehr zu kontrollieren sind, vorgetragen und erläutert worden? |
| 65. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) | Auf Grund welcher objektiven, nachprüfbaren Kriterien hat die Bundesregierung z. B. folgende periodisch erscheinende Druckwerke und Organisationen in die veröffentlichten Listen der 287 Publikationen und 239 Organisationen aufgenommen: Chile-Nachrichten, Chile-Solidarität, Informationen Chile, Referendar-Zeitung, Referendar-Mitteilungen, Chile-Solidaritäts-Komitee, Club Alpha 60 e. V. Frauengruppe Hamburg Sitz Hamburg, Frauenzentrum, Schalmeienkapellen? |
| 66. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob am Grenzübergang Rudolphstein bei Autobussen im Transitverkehr die Reiselisten, die für ein Sammelvisum erforderlich sind, von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes fotokopiert werden, und auf welcher rechtlichen Bestimmung beruhen gegebenenfalls diese Maßnahmen? |
| 67. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) | Treffen Berichte zu, nach denen Meldung über diejenigen Beamten des Bundesgrenzschutzes angefordert worden ist, die die Durchsuchung von Reisegepäck nach bestimmten Druckerzeugnissen anhand von Listen als nicht rechtmäßig bemängelt haben, und was wird bejahendenfalls mit diesen Meldungen gemacht? |
| 68. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung — wie aus den Äußerungen des Regierungssprechers geschlossen werden kann — eine Änderung des Datenschutzgesetzes in der Form, daß der Datenschutzbeauftragte keine öffentliche Kritik an von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen üben darf? |
| 69. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Erwägt die Bundesregierung — wie bei einer internationalen Demonstration und Kundgebung in Köln am 22. April 1978 gefordert — ein Verbot der SS-Traditionsverbände? |
| 70. Abgeordnete
Frau
Karwatzki
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Verantwortungsbereich des Bundes Beamtinnen, die ein Kind erwarten, von ihren Behördenvorstehern gedrängt worden sind oder werden, nach Ablauf der Mutterschutzfrist keine Halbtagsbeschäftigung aufzunehmen, sondern sich beurlauben zu lassen, und hielt sie dies für eine Diskriminierung der Frauen? |

71. Abgeordnete
**Frau
Karwatzki**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Verantwortungsbereich des Bundes Behördenvorsteher bei den weiblichen Bediensteten anfragen, ob sie im Laufe des folgenden Jahres gedächten, schwanger zu werden, und hielte sie dieses für eine Diskriminierung der Frauen und einen Eingriff in die Intimsphäre?
72. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Welche Aufgaben erfüllt das Bundesamt für Verfassungsschutz — Außenstelle Gießen — im Rahmen des Bundesnotaufnahmeverfahrens im Bundesnotaufnahmelager Lahn-Gießen, und durch welche gesetzlichen oder anderen Vorschriften sind diese Aufgaben gedeckt?
73. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Billigt die Bundesregierung, daß einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages der Zutritt zu dieser Außenstelle verwehrt wurde, und welche Konsequenzen hat die Bundesregierung gezogen oder wird sie ziehen, um verneinendenfalls einen solchen Vorfall zukünftig zu verhindern?
74. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die — im Zusammenhang mit der ARD-Sendung „Auswüchse im deutschen Werksschutz“ — von Polizeiseite geäußerte Auffassung, daß die für die Werkschutztätigkeit geltenden Nothilfebestimmungen so unklar sind, daß häufig nur das Nichtwissen des Betroffenen es ermöglicht, diese Bestimmungen zur Grundlage des Handelns für einen Werkschutz zu machen und plant die Bundesregierung daher, hier gegebenenfalls gesetzliche Änderungen vorzuschlagen?
75. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Sind der Bundesregierung konkrete Tatbestände bekannt, die die Sicherheit verkaufswilliger Grundbesitzer für das Entsorgungszentrum bedrohen und wie beurteilt die Bundesregierung im Lichte dieser Tatsachen die von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) veranlaßten Überwachungsmaßnahmen durch ein privates Bewachungsinstitut?
76. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung in einer Person die zum ständigen Hinwirken auf die „sozialistische Umwälzung“ verpflichtende Zugehörigkeit zur DKP oder die vergleichbare Verpflichtungen auslösende Zugehörigkeit zu einer anderen Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung einerseits mit der verfassungsrechtlich gesicherten Verpflichtung eines Beamten zum jederzeitigen Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung andererseits vereinen?
77. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU)
- Wie läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung die nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1975 von jedem Beamten zu verlangende eindeutige Distanzierung von Gruppen und Bestrebungen, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren, im Falle der Mitgliedschaft eines Beamten oder Beamtenbewerbers in einer solchen Gruppe ohne Verzicht auf diese Mitgliedschaft glaubhaft dartun?

78. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß trotz der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, die politische Treuepflicht gelte für alle Beamten, unabhängig von ihrer Funktion und ihrer besonderen rechtlichen Stellung, an diese Treuepflicht etwa unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitsrelevanz des jeweiligen Arbeitsplatzes unterschiedliche Ansprüche gestellt werden dürften?
79. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung die sogenannte Vermutung für die Verfassungsloyalität eines Beamtenbewerbers im Einzelfall widerlegt werden, wenn eine Anfrage bei den Verfassungsschutzbehörden, die nach gesetzlichem Auftrag Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln haben, untersagt ist, und wie unterscheidet sich angesichts eines solchen Verbots die sogenannte Vermutung praktisch von einer unwiderleglichen Unterstellung zu Gunsten eines Bewerbers?
80. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Bei welchen Eignungsmerkmalen eines Beamtenbewerbers darf nach Auffassung der Bundesregierung das sonst von Amts wegen zu prüfende Vorliegen der Einstellungsvoraussetzungen durch eine Vermutung zu Gunsten des Bewerbers ersetzt werden?
81. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Gibt es im Verantwortungsbereich des Bundes ein Verbot an öffentliche Dienststellen, vor der Einstellung von Bewerbern sich durch Anfragen bei den für die Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen zuständigen Verfassungsschutzbehörden nach etwaigen Erkenntnissen über einen Bewerber zu erkundigen, oder wird ein solches Verbot erwogen, und wenn ja, wie ist dies nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Verfassungsgebot der gegenseitigen Amtshilfe von Behörden zu vereinbaren?
82. Abgeordneter
Dr. Eyrich
(CDU/CSU)
- Erfüllt nach Auffassung der Bundesregierung schon derjenige die jedem Beamten von Verfassungs wegen obliegende politische Treuepflicht, dem eine verfassungsfeindliche Tätigkeit nicht nachzuweisen ist oder verlangt die „Gewähr der Treue“ die Feststellung positiver Merkmale?
83. Abgeordneter
Berger
(Herne)
(CDU/CSU)
- Unter welchen Umständen haben nach Auffassung der Bundesregierung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen des Verdachts einer Verletzung der politischen Treuepflicht hinter den Kriterien „Verständnis in der öffentlichen Meinung“ und „Zustimmung in den Koalitionsfraktionen“ zurückzutreten?
84. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Wie läßt sich nach Meinung der Bundesregierung die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, die Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung sei nur ein Teil des für die Beurteilung eines Bewerbers erheblichen Verhaltens, mit dem Anspruch vereinbaren, die Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei schließe auf jeden Fall Zweifel an seiner Verfassungstreue aus?

85. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU) Liefert der Versuch oder das Ausbleiben des Versuchs von Indoktrination während der Referendardzeit allein eine hinreichende Gewähr für die Verfassungstreue eines Beamten, oder vermag sich die Bundesregierung vorzustellen, daß Beamte, die einer totalitären Kaderpartei angehören, um weiterreichender Ziele willen zeitweise auf solche Ziele verzichten, ohne zugleich die Entschlossenheit zur Unterstützung ihrer Partei auch gegen unsere Verfassungsgrundsätze aufzugeben?
86. Abgeordneter **Dr. Jentsch** (Wiesbaden) (CDU/CSU) Geht auch die Bundesregierung davon aus, daß die ständige Behauptung, aktive Demokraten, Sozialisten und Kommunisten würden vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen und erhielten Berufsverbot, mit der undifferenzierten Aufzählung unterschiedlicher politischer Zielsetzungen wahrheitswidrig suggerieren will, daß auch Bürger, die im Rahmen und unter Anerkennung der verfassungsmäßigen Grundordnung für Veränderungen in Staat und Gesellschaft eintreten, allein aus diesem Grunde vom Staatsdienst ferngehalten werden?
87. Abgeordneter **Berger** (Herne) (CDU/CSU) Gilt der Hinweis im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung an nichtkommunistische sozialistische Vereinigungen, daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze fördere, die eigene politische Position jedoch schwäche, sinngemäß auch für die Zusammenarbeit mit Kommunisten als Beamten?
88. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Welche Maßnahmen zur weiteren Entgiftung der Abgase von Kraftfahrzeugen plant die Bundesregierung gegenwärtig, in welchem Zeitraum beabsichtigt sie insbesondere die vom Umweltbundesamt vorgeschlagenen Schritte zur Verringerung von Kraftfahrzeugemissionen zu verwirklichen?
89. Abgeordneter **Schmidt** (München) (SPD) Hat eine Dienststelle des Bundes — etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz — veranlaßt, daß in einer Kleinstadt in Bayern, nachdem ein belesener und unverdächtiger Kunde ein in Schweden erschienenenes Buch über die RAF (Rote Armee Fraktion) bestellte, dieses Buch auf dem Weg vom Verlag zur Buchhandlung beschlagnahmt wurde, die Buchhändlerin von Kriminalbeamten unter Androhung von Schwierigkeiten im Verweigerungsfalle nach dem Namen des Kunden gefragt wurde, der Buchhändlerin mitgeteilt wurde, daß man über sie Erkundigungen eingezogen habe und sie unter Beobachtung stünde, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage beruht diese Maßnahme, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch derartige Maßnahmen der Freiheitsraum der Bürger bedrohlich eingeengt und Denunzianten und Spitzeltum nachhaltig gefördert werden?
90. Abgeordneter **Schmidt** (München) (SPD) Gibt es Absprachen des Bundesinnenministers mit den Landesinnenministern über die Überwachung von Buchhandlungen und Buchbestellungen, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage beruhen diese Absprachen?
91. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU) Muß aus der Äußerung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß ein „Verfassungstag“ eingeführt werden soll — nachdem die Bundesregierung in der Fragestunde am 31. Mai 1978 erklärt hat, daß sie nicht beabsichtigt, den 17. Juni als „nationalen

- Gedenktag“ abzuschaffen —, nicht der Schluß gezogen werden, daß die Bundesregierung erwägt, einen weiteren nationalen Feiertag einzuführen?
92. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Prozentsatz der Seiteneinsteiger in den einzelnen Bundesressorts im Vergleich zu den normalen Beförderungen in den Besoldungsgruppen A 16 und höher in der Zeit von 1969 bis heute?
93. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch war der Prozentsatz in der Zeit von 1960 bis 1969?
94. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den im Gutachten des Rats von Sachverständigen in Umweltfragen als bedenklich vermerkten Nitratgehalt im Trinkwasser?
95. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es Regionen in der Bundesrepublik Deutschland gibt, in denen der Nitratgehalt im Trinkwasser höher ist als nach den Normen der Weltgesundheitsorganisation zulässig?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

96. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der vom Parlament des Staates Israel am 14. März 1978 verabschiedeten Resolution zum Ablauf des Maidanek-Prozesses in Düsseldorf und aus der in der gleichen Resolution erhobenen Forderung, alle NS-Gewaltverbrecher vor Gericht zu bringen, insbesondere in Hinblick auf die Tatsache, daß bisher weder gegen den Mitverantwortlichen für die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Kurt Lischka, noch gegen den für die „Endlösung der Judenfrage“ in Belgien und Nordfrankreich Verantwortlichen, Ernst Boje Ehlers, und seine Helfer Dr. Konstantin Canaris und Kurt Asche die Hauptverhandlung eröffnet worden ist, und wird sie — wie in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 1977 erklärt wurde — gemeinsam mit den Ländern bemüht sein, daß diese Verfahren beschleunigt zu einem Abschluß gebracht werden?
97. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Trifft nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die auf der Jahrestagung der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft getroffene Feststellung zu, wonach in der Bundesrepublik rund 10 000 Wunderheiler und Okkultisten wirken, die den zunehmenden Wunder- und Aberglauben in der Bevölkerung betrügerisch und wucherisch nutzen, und die strafrechtlich nur schwer zu verfolgen seien, und beabsichtigt die Bundesregierung dementsprechend, dem Bundestag neue oder verbesserte Strafvorschriften vorzuschlagen?
98. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit Auslieferungersuchen Jugoslawiens in letzter Zeit verhaftet, und welche Straftaten liegen den Auslieferungersuchen zugrunde?

- | | |
|---|--|
| 99. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Welchen Status haben die Verhafteten in der Bundesrepublik Deutschland? |
| 100. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) | Welche Kroaten wurden wann, wo und in welchem rechtlichen Zusammenhang in jüngster Zeit mit dem Ziel der Auslieferung an Jugoslawien verhaftet? |
| 101. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) | Mit welchen Gründen kann die Bundesregierung den Verdacht entkräften, daß ein rechtspolitisches Kompensationsgeschäft zwischen dem Begehren nach Auslieferung der in jüngster Zeit verhafteten Kroaten und der in Jugoslawien verhafteten deutschen Terroristen im Gange war bzw. ist? |
| 102. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung das Schweizer Mietrechts-Modell, insbesondere in bezug auf die Effektivität von Mieteinigungsstellen bei ihren Überlegungen zur Verbesserung unseres Mietrechts berücksichtigen? |
| 103. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Sieht sich die Bundesregierung – der Bundesjustizminister – als zuständig und verpflichtet an, die Unabhängigkeit der obersten Bundesgerichte, z. B. des Bundesgerichtshofes, gegen herabsetzende Formen der Urteilsschelte in Schutz zu nehmen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus aus Anlaß der Kritik an dem Urteil des Bundesgerichtshofs in Sachen Böll–Walden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 104. Abgeordnete
Frau
Funcke
(FDP) | Hält es die Bundesregierung auf Grund des Einkommensteuergesetzes für zwingend, daß die Einkommensteuererklärung in lauter unzusammenhängende Einzelblätter aufgelöst wird, oder könnte sie sich ein Standardformular für die Normalfälle denken, dem nur für Sondergruppen oder Sonderstoffbestände wie Sonderabschreibungen, Investitionszulage, Berlin, Vertriebene usw. ein Zusatzblatt beizufügen ist, auf das im Hauptformular durch farbige Kennzeichnung jeweils hingewiesen wird? |
| 105. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, der Forderung des Vorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft, Hermann Fredersdorf, zu entsprechen, noch 1978 „einen nicht unbedeutenden Akt der Steuervereinfachung“ zu vollziehen und ein präzises und verbindliches Programm mit Zeitplan zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts vorzulegen? |
| 106. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, wie von Fredersdorf u. a. gefordert, die frühestmögliche Einführung einer Sonderausgabenpauschale für alle Bürger und/oder den Einbau der Kfz-Steuer in die Mineralölsteuer? |

107. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es mit der Zielsetzung größerer Steuergerechtigkeit, die mit den Steuerentlastungsmaßnahmen ab 1. Januar 1978 angestrebt wurde, für vereinbar, daß nach dem 1. Januar 1978 bei einer Angestellten in der Steuerklasse V trotz einer Erhöhung der monatlichen Bruttobezüge um 13 DM die ausgezahlten Nettobezüge im Jahre 1978 um 2,48 DM geringer sind als im Jahre 1977 (monatliche Bruttobezüge im konkreten Fall 1977 = 1 538 DM, netto nach Abzug der Steuern ohne Sozialversicherung 1 087,52 DM, 1978 einschließlich 13 DM zusätzlicher Sparzulage brutto = 1 551 DM, netto = 1 085,04 DM), sich also monatlich bei einem Anstieg des Bruttoeinkommens gegenüber 1977 um 13 DM die Steuern um 15,48 DM (davon 14,20 Lohnsteuer und 1,28 DM Kirchensteuer) erhöhen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
108. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung bei den Steuern, deren Aufkommen ganz oder teilweise dem Bund zusteht, den Ausfall, der infolge der Praktiken der in Fachkreisen „Fliegende Holländer“ genannten Blumenexporteure aus den Niederlanden entsteht?
109. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem entgegenzuwirken und damit gleichzeitig auch die Wettbewerbsnachteile zu beseitigen, die die vorgenannten Praktiken für den deutschen Gartenbau und den deutschen Blumengroßhandel zur Folge haben?
110. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD)
- Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit der auf ihre Initiative hin gegründeten Wagnisfinanzierungsgesellschaft gemacht?
111. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Wagnisfinanzierungsgesellschaft auszubauen, und welche Maßnahmen hat sie hierfür ergriffen?
112. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung die nächste Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung einzu-berufen, welche erforderlich ist, um die bereits laufenden Haushaltsentscheidungen der Bundesregierung für 1979 sowie die für Mitte Juni 1978 vorgesehenen Beratungen des Finanzplanungsrats sachgerecht vorzubereiten?
113. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung trotz bereits vorliegender Beschwerden einzelner Bundesländer, die die Schätzungen zur Aufstellung ihrer Haushalte und Finanzplanungen ebenfalls dringend benötigen, bisher nicht zu der für Mai 1978 vereinbarten und damit sachlich dringend gebotenen Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung eingeladen und dem Beschluß des Finanzplanungsrats vom 14. Dezember 1977 nicht entsprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

114. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD) Wie bereitet sich die Bundesregierung im Einklang mit den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf die im Herbst fällige Überprüfung des Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft für europäische Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Zweitniederlassungen oder Vertretungen in der Republik Südafrika vor?
115. Abgeordneter
**Frau
von Bothmer**
(SPD) Faßt die Bundesregierung für den Fall schwerwiegender Verstöße gegen den Verhaltenskodex Sanktionsmaßnahmen ins Auge, und wenn ja, in welcher Form?
116. Abgeordneter
**Dr.-Ing.
Laermann**
(FDP) Kann die Bundesregierung die Gründe und den Zweck angeben, warum an der deutsch-belgischen Grenze die Wirtschaftswege mit schweren Steinblöcken versperrt wurden, und wenn ja, welches sind diese Gründe und welche Wirkung wurde von ihnen erwartet?
117. Abgeordneter
**Dr.-Ing.
Laermann**
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Maßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Europa-Gedanken den Bürgern näher zu bringen?
118. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Wie hat die Bundesregierung auf die durch Pressemeldungen bekanntgewordenen Schikanemaßnahmen Polens gegen deutsche Fischkutter außerhalb der von Polen in der Ostsee beanspruchten Fischereizone, insbesondere auf den polnischen Versuch reagiert, den Bremerhavener Fischkutter „Hilde H.“ aufzubringen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um für die Zukunft zu verhindern, daß die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten der Kutterfischerei in der Ostsee durch illegale Aktionen von polnischer Seite noch vergrößert werden?
119. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß — wie laut Mainpost vom 11. Mai 1978 in einer Parlamentsdebatte in Kapstadt unter anderem behauptet wurde — die Südafrikanische Republik im großen Umfang Geheimmittel verwendet hat, um dafür insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland „Einfluß zu kaufen“?
120. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung auf die Beschimpfungen und Falschmeldungen gegen die nordrhein-westfälische Justizministerin, Frau Donnep, sowie auf die Beschuldigungen gegen das Justizwesen des Landes Nordrhein-Westfalen durch die polnische amtliche Nachrichtenagentur PAP, ebenso wie in vergleichbaren Fällen (z. B. die Angriffe des „Roten Stern“ auf den Parlamentarischen Staatssekretär von Bülow) mit einem entschiedenen Protest und mit der Forderung nach Richtigstellung angesichts dieser Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten reagiert, insbesondere aber den unser Volk und das Justizwesen in Nordrhein-Westfalen verurteilenden Satz der amtlichen Nachrichtenagentur: „Nach dem westdeutschen Gerechtigkeitsgefühl zu urteilen, scheint die Düsseldorfer Justizfarce nicht im Widerspruch zum Geist der Demokratie zu stehen“ (Ostinformationen des BPA vom 18. Mai 1978) zurückgewiesen?

- | | |
|--|--|
| 121. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Rechnet die Bundesregierung damit, daß die Volksrepublik Polen in den nächsten Jahren die von ihr geschuldeten Zinsen und Rückzahlungen von je 300 Millionen DM zu überweisen vermag, oder sind bereits Bemühungen um bilaterale Umschuldungsaktionen angedeutet worden, wobei Polen sich um einen neuen Kredit zu den Bedingungen des Entwicklungshilfekredits zu 2 v. H. bemüht? |
| 122. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) | Wie erklärt es die Bundesregierung, daß Staatsminister Dr. von Dohnanyi in seiner Rede zur Eröffnung der „Polnischen Tage“ am 24. Mai 1978 sowohl bei Behandlung der Teilungen Polens als auch der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges nur den preußischen und deutschen Anteil genannt, aber den russischen und sowjetischen Anteil verschwiegen hat? |
| 123. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, gleichartige Konsequenzen aus der Verurteilung von Juri Orlov in Moskau zu 12 Jahren Freiheitsentzug zu ziehen, wie es die Regierung der USA getan hat und tut? |
| 124. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD) | Wird die Bundesregierung die sich erweiternden Hungerstreikaktionen der Anhörigen Verschwundener bzw. von Angehörigen chilenischer Menschenrechtsbewegungen zum Anlaß nehmen, bei der chilenischen Militärjunta vorstellig zu werden, um Aufklärung über das Schicksal der Verschwundenen zu erhalten? |
| 125. Abgeordneter
Coppik
(SPD) | Welche Schritte hat die Bundesregierung gegenüber der türkischen Regierung unternommen, um die Mißhandlungen des Bremer Studenten Wolfgang Kapp durch türkische Sicherheitsbehörden in Ostanatolien aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen? |
| 126. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) | In welche afrikanische Staaten hat die DDR nach Kenntnis der Bundesregierung Berater, darunter Militärpersonal entsandt, und in welchen Aufgabenbereichen sind diese Personen jeweils tätig? |
| 127. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über die direkte und indirekte Beteiligung Kubas, der UdSSR und der DDR an den kriegesischen Auseinandersetzungen in Zaire? |
| 128. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß in verschiedenen afrikanischen Staaten z. Z. ca. 40 000 Kubaner und Tausende von Militärpersonen aus Staaten des Warschauer Pakts als Interventionstruppen agieren? |
| 129. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Bundeskanzlers vom 28. April 1978 in Hamburg: „Gleichgewicht kann man erzielen durch Schaffung von Gegengewichten . . .“, „Gleichgewicht kann man erzielen durch Rüstungsbeschränkungen“ im Hinblick auf die Politik der UdSSR, Kubas und der DDR in Afrika? |
| 130. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) | Welche Nachbarländer von Zaire haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in direkter oder indirekter Weise am Konflikt in Zaire beteiligt, und denkt die Bundesregierung daran, darauf konkret zu reagieren? |

131. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) Welche sind nach Auffassung der Bundesregierung die wirklichen Beweggründe für Kuba und die DDR, in Afrika in so erheblichem Maße aggressiv und militärisch zu intervenieren?
132. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Aussichten sieht die Bundesregierung für den Bestand und die Garantie der Staatsgrenzen in Afrika, wie sie durch den Beschluß der Organisation afrikanischer Staaten festgeschrieben worden sind?
133. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung gegenüber solchen Staaten in Afrika reagieren, die ihre Gebiete für den Aufmarsch zu kriegesischen Operationen oder zur Anzettlung von Bürgerkriegen zur Verfügung stellen?
134. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Verurteilung der an der Invasion in Zaire direkt oder indirekt beteiligten Länder, namentlich die für die UdSSR stellvertretend handelnden Länder Kuba und DDR, durch einen Beschluß der UNO zu beantragen bzw. einen solchen Antrag eines anderen Landes aktiv zu unterstützen?
135. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Interventionspläne der UdSSR, Kubas und der DDR gegenüber Rhodesien und Namibia/SWA?
136. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) In welchen Staaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung „Berater“ aus dem Ost-Berliner Herrschaftsbereich unmittelbar oder mittelbar an Kämpfen beteiligt oder als Ausbilder auf dem afrikanischen Kontinent tätig?
137. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) In welchen Staaten Afrikas sind nach Kenntnis der Bundesregierung „Berater“ des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit mittel- oder unmittelbar an der Organisation, dem Aufbau oder der Gewährleistung der „inneren Sicherheit“ beteiligt?
138. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß im revolutionären Prozeß Äthiopien heute bei einem Zustand teilweiser Fremdbestimmung angekommen ist, wonach das Land durch einen sogenannten „Rat der 17“ gelenkt wird, dem fünf Äthiopier, fünf Sowjets, zwei Ost-Berliner Spezialisten, zwei kubanische Politoffiziere und ein Südjemenit angehören?
139. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Welche Länder des Ostblocks einschließlich der DDR und Kubas sind nach Kenntnis der Bundesregierung an der staatlichen und militärischen Planung und Leitung in Äthiopien beteiligt?
140. Abgeordneter
Kittlmann
(CDU/CSU) Worin unterscheidet sich der gegenwärtige Konferenzstand der Seerechtskonferenz im Bereich Meeresbergbau vom ICNT?
141. Abgeordneter
Kittlmann
(CDU/CSU) Welche konkreten Ergebnisse sind in den Bereichen Technologietransfer, Finanzierung der Meeresbodenbehörde und Minderheitenschutz im Council auf der 7. Session der Seerechtskonferenz in Genf erzielt worden?
142. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Welche Fortschritte sieht die Bundesregierung nach dem Abbruch der 7. Session der Seerechtskonferenz im Bereich der Ausgestaltung der Wirtschaftszonen und der Streitregelung?

-
- | | |
|--|---|
| 143. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) | Welche Bedeutung hat die Kooperationsvereinbarung im Meeresbergbau für das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen? |
| 144. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Welche Perspektiven sieht die Bundesregierung nach dem bisherigen Konferenzverlauf für einen erfolgreichen Abschluß der Dritten Seerechtskonferenz? |
| 145. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) | Sind die bisherigen Ergebnisse der Seerechtskonferenz im Bereich des Meeresbergbaus für eine Beteiligung der Deutschen Industrie beim Abbau der Meeresressourcen akzeptabel? |
| 146. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) | Hatte die Tatsache, daß im amerikanischen Repräsentantenhaus während der 7. Session der Seerechtskonferenz ein Interimsgesetzentwurf beraten wurde, nach Kenntnis der Bundesregierung Folgen für den Verlauf der Konferenz und gegebenenfalls welche? |

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)** In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung die Hauptfelder, in denen Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil vom 2. März 1977 zur Öffentlichkeitsarbeit zu ziehen sind, nachdem erstmals für die Regierungen von Bund und Ländern Verfassungsgrundsätze für regierungsamtliche Öffentlichkeitsarbeit und ihre Abgrenzung gegenüber wahlwerbender Einflußnahme aufgestellt sind?
2. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung Fragen der Verbreitung und des Vertriebs von solchen Druckschriften und Anzeigen, die dem Bürger Informationen über die ihm aus neuer Gesetzgebung zuwachsenden Rechte verschaffen (s. Aufsatz in Heft 1 Zeitschrift für Parlamentsfragen von Uwe Leonardy „Öffentlichkeitsarbeit der Regierung minus Wahlwerbung: Informationsladen des Staates“)?
3. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)** Wie wird die Bundesregierung ihre Informationspflicht über neue Gesetze wahrnehmen, damit den Bürgern keine Nachteile innerhalb des vom Bundesverfassungsgericht vorläufig auferlegten Zeitraumes der Zurückhaltung vor Wahlen beim Informationszugang über neue Gesetze erwachsen?
4. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)** Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das Hauptproblem der Öffentlichkeitsarbeit im Informationszugang der Bürger liegt, und ist sie bereit, aus ausländischen Erfahrungen Nutzen zu ziehen und bejahendenfalls welche?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)** Hat der Bundeskanzler beim Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew in Bonn die unmenschliche Behandlung des russischen Bürgerrechtskämpfers Alexander Ginsburg durch die sowjetischen Behörden zur Sprache gebracht, dem ein neuer Strafprozeß mit langjährigen Freiheitsstrafen droht, die Ginsburg bei seiner durch lange Haft untergrabenen Gesundheit in akute Lebensgefahr bringen würden, und welchen Erfolg hat diese Fürsprache gegebenenfalls gehabt?
6. Abgeordneter
**Biehle
(CDU/CSU)** Kann die Bundesregierung die Nachricht bestätigen, wonach die sowjetische Regierung bereits im schwedischen Außenministerium Einspruch erhoben hat gegen einen möglichen Berlin-Besuch des schwedischen Königspaares, den dieses im Zusammenhang mit dem für das Frühjahr nächsten Jahres vorgesehenen Staatsbesuch geplant haben soll, und hat die

Bundesregierung gegebenenfalls diesen ungewöhnlichen Vorfall beim Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs zur Sprache gebracht, oder welche geeignet erscheinenden Schritte gedenkt die Bundesregierung gegen diese anmaßende Einmischung zu unternehmen?

7. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung in ihrer Außenpolitik gegenüber den USA unzureichend wissenschaftlich beraten wird, weil z. B. bei der Stiftung Wissenschaft und Politik die Stelle des USA-Referenten seit Jahren vakant oder am J. F. Kennedy-Institut für Nordamerika-Studien die ganze Politik-Abteilung seit längerem unbesetzt ist, und will die Bundesregierung hier gegebenenfalls Abhilfe schaffen?
8. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Befürchtet die Bundesregierung durch Nuklear-Verträge mit Argentinien mögliche Konflikte mit der Nicht-Verbreitungspolitik von Uran-Lieferländern?
9. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung beim Treffen der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Nyborg vom 20./21. Mai 1978 den Antrag des Außenministers von Großbritannien, Owens, unterstützt, die Verlängerung des LOME-Abkommens davon abhängig zu machen, daß sich die 53 Abkommensländer zur strikten Beachtung der Menschenrechte verpflichten müßten, und wie erklärt es die Bundesregierung, daß trotz der Stellungnahme der Europäischen Gemeinschaft zu den Fragen der Menschenrechte dieser Vorschlag Großbritanniens keine Mehrheit fand?
10. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welchem Stadium befinden sich die Arbeiten der Kommission der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der „Besonderen Rechte der Bürger“ gemäß dem Beschluß der Staats- und Regierungschefs vom 9./10. Dezember 1974?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, das Abfallbeseitigungsgesetz dahin gehend zu konkretisieren, daß Teilpläne für die schadlose Beseitigung von pharmazeutischen Abfällen aufgestellt werden, die eine Beseitigungspflicht zwingend vorsehen?
12. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU) Wann gedenkt die Bundesregierung den in der Drucksache 8/1490 vom 6. Februar 1978 angekündigten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes einzubringen?
13. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung den besonderen Anforderungen, denen die Polizeimeister ausgesetzt sind, durch eine Amtszulage Rechnung zu tragen?
14. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU) In welchem zeitlichen Rahmen sieht die Bundesregierung die zu ergreifenden Maßnahmen?

15. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist die asiatische Schlagwaffe Nunchaku nach Auffassung der Bundesregierung ein verbotener Gegenstand im Sinne von § 8 Abs. 1 Nr. 3 der 1. Verordnung zum Waffengesetz und, wenn ja, auf welche für Sportler und Sportvereine zumutbare Weise kann die Verwendung von Nunchakus als Kampfsportgerät ermöglicht werden?
16. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß Zuwiederhandlungen gegen § 8 Abs. 1 der 1. Waffenverordnung weder straf- noch bußgeldbewehrt sind, und wenn ja, welche realistische Möglichkeit zur Durchführung des Verbots sieht die Bundesregierung?
17. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß nach den versorgungsrechtlichen Vorschriften des Gesetzes zu Artikel 131 GG bei Beamten auf Lebenszeit, die am 8. Mai 1945 die für den Eintritt in den Ruhestand und den Bezug von Ruhegehalt erforderliche Wartezeit noch nicht erfüllt hatten, auch die nach diesem Zeitpunkt liegende Zeit der Kriegsgefangenschaft in die Wartezeit eingerechnet wird, während bei Berufssoldaten in vergleichbaren Fällen eine solche Anrechnung nicht erfolgt, so daß ein Versorgungsanspruch nach dem G 131 nicht besteht, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
18. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Personen ohne den Zusammenbruch einen Anspruch auf Versorgung erwarten konnten, grundsätzlich bereit, die sich aus dieser unterschiedlichen Regelung für Berufssoldaten ergebenden Härten in der Weise zu bereinigen, daß diesen Personen, soweit sie notwendige Statuszeiten nicht erfüllen, entsprechend den Erwägungen der Bundesregierung in ihrem Bericht vom 10. Februar 1971 die Möglichkeit eines Unterhaltsbeitrages bis zur Höhe des gesetzlichen Ruhegehaltes eröffnet wird?
19. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Institutionen, Vereinigungen und Verbände Rettungs-Hubschrauber im Rahmen des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stellen, und ist nach Überzeugung der Bundesregierung ein für alle Gebiete der Bundesrepublik Deutschland ausreichender Rettungs-Hubschrauber-Dienst gewährleistet?
20. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- In welcher Weise unterstützt der Bund das bestehende Rettungshubschraubernetz, und in welcher Weise wird er es in Zukunft fördern?
21. Abgeordneter
Dr. Meinecke
(Hamburg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wann der fertiggestellte Gesetzentwurf zur Änderung des Personenstandsgesetzes vom Bundeskabinett verabschiedet werden wird und wann mit der Einbringung im Deutschen Bundestag zu rechnen ist?
22. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU)
- Welche ein- oder mehrbuchstabige Abkürzung für den Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ beabsichtigt die Bundesregierung für den Fall, daß bei Tabellen, statistischen Zusammenstellungen und ähnlichem wegen Platzmangels jede andere Kennzeichnung der Bundesrepublik Deutschland als durch eine solche Abkürzung ausscheidet, in ihrem

- Zuständigkeitsbereich zu verwenden, ihren nachgeordneten Behörden vorzuschreiben und anderen Hoheitsträgern, aber ebenso Bürgern und Verbänden zu empfehlen, nachdem sich auch die Bundesregierung gegen die Kurzform „BRD“ ausgesprochen hat?
23. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Grundsätze wird die Bundesregierung bei ihrer zukünftigen Förderung der Datenverarbeitung beachten?
24. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt sie die Wirkung ihrer bisherigen Fördermaßnahmen in diesem Bereich?
25. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für zumutbar, daß nach dem Beamtenversorgungsgesetz eine geschiedene Ehefrau eines Beamten, die bei der Ehescheidung das 50. Lebensjahr bereits überschritten hat, nach dem Tode des Beamten bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres keinen Anspruch auf einen Unterhaltsbeitrag hat, wenn ein Anspruch auf Versorgungsausgleich gegen die Erben des verstorbenen Beamten mangels Erbmasse nicht befriedigt werden kann, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, für Abhilfe zu sorgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

26. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen, um die Ergebnisse der UNCTAD-Schuldenkonferenz mit dem angekündigten Schuldenerlaß für die ärmsten Länder der Welt nach Einzelfallprüfung auch in praktische Maßnahmen umzusetzen?
27. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Inwieweit gibt es hierbei ein internationales koordiniertes Vorgehen der Bundesregierung bei der Erarbeitung der Features?
28. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die in Empfehlung 833 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates betreffend die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Europarates gegen internationale Steuerumgehung und -hinterziehung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die gegenwärtige Art und Weise der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in Europa ungenügend ist und daher eine Konvention erarbeitet werden sollte, die die Gebiete der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben umfaßt und die in § 10 der Empfehlung aufgeführten Maßnahmen ermöglicht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
29. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der Empfehlung 833 darin zu, daß geeignete internationale Maßnahmen getroffen werden sollten, um es Firmen und Privatpersonen zu erschweren, sich der europäischen und außereuropäischen Steueroasen zur Steuerumgehung zu bedienen und gedenkt sie, in dieser Hinsicht im Europarat oder in einem anderen geeigneten Rahmen initiativ zu werden, bzw. vorhandene Initiativen zu unterstützen?

- | | |
|--|---|
| 30. Abgeordneter
Coppik
(SPD) | Warum sind „nicht-ärztliche“ Psychotherapeuten seit dem 1. Januar 1978 umsatzsteuerpflichtig? |
| 31. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der am 31. Dezember 1976 dem Rat zugeleitete Richtlinienvorschlag (Artikel 1) über die Freigrenze für Reisemitbringsel im innergemeinschaftlichen Verkehr (200 ERE) inzwischen überholt ist, und wenn ja, wäre sie bereit, darauf hinzuwirken, daß eine kräftige Erhöhung der Freibeträge im Interesse der europäischen Bürger vorgenommen wird? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß angesichts der Preissteigerungen und Wechselkursänderungen endlich ein großzügiger festgesetzter Freibetrag zugrunde gelegt wird, damit auch der interne Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft durch persönliche Einkäufe gefördert wird? |
| 33. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß mittelständische Unternehmen im Bereich der Bauwirtschaft oft große Verluste erleiden, weil das geltende Recht zwar dem Käufer einen ausreichenden Schutz bietet und die Großbanken durch dingliche Absicherung der Kredite gesichert sind, beim mittelständischen Handwerker aber der Schutz des Paragraphen 648 BGB nicht wirksam wird, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus? |
| 34. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die bereits bestehende Makler- und Bauträgerverordnung dahin gehend zu ändern, daß auch mittelständischen Baubetrieben die notwendige Sicherheit gegenüber Bauträgerfirmen gewährleistet wird und ist die Bundesregierung dazu bereit? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) | Welche Gründe sprechen dafür, daß die Ausbildungsfreibeträge für Kinder über 18 Jahre im Jahr der Vollendung des 18. Lebensjahres für das ganze Jahr gekürzt werden, während bei Wegfall der Freibetragsvoraussetzungen aus sonstigen Gründen eine zeitanteilige Kürzung erfolgt? |
| 36. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, an der jetzigen Regelung festzuhalten oder dem Deutschen Bundestag gegebenenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|---|--|
| 37. Abgeordneter
Büchner
(SPD) | Welche konkreten Vorschläge hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der Sanierung des Konzerns VFW-Fokker und der Erhaltung des Werkes Speyer der Bundesregierung unterbreitet? |
| 38. Abgeordneter
Büchner
(SPD) | Welches Ergebnis haben die Bemühungen der Bundesregierung gehabt, die Landesregierung von Rheinland-Pfalz nach dem Beispiel der Bundesländer Bremen und Niedersachsen zu einem Engagement zugunsten des Konzerns VFW-Fokker zu gewinnen? |
| 39. Abgeordneter
Büchner
(SPD) | In welcher Höhe sind bisher Mittel aus den Bundeshaushalten an VFW-Fokker gegeben worden? |

40. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Meldungen der Lippischen Landeszeitung sowie der Lippischen Rundschau vom 19. Mai 1978 bestätigen, wonach im „Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur“ beabsichtigt ist, 16 sogenannte C-Schwerpunkte aufzustufen?
41. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Falls ja, kann die Bundesregierung die in der gleichen Meldung geäußerte Auffassung bestätigen, wonach u. U. die Stadt Lemgo von der beabsichtigten Änderung betroffen wird und künftig A- bzw. B-Schwerpunkt sein wird?
42. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Kreis Heinsberg als solcher Arbeitslosendaten hat, die (28. Februar 1978) rund 30 v. H. über dem Bundesdurchschnitt und 25 v. H. über dem Landesdurchschnitt liegen, je Kopf der Bevölkerung eines der geringsten Beträge des Bruttoinlandsprodukts (1975 den geringsten Wert) aller Kreise und kreisfreien Städte im Lande Nordrhein-Westfalen hat, er als Ganzes die Förderschwelle für die Gemeinschaftsaufgabe weit überschreiten würde und er die Daten der Region Mönchengladbach so nach unten gedrückt hat, daß diese Region die Förderschwelle um 19 v. H. übersteigt?
43. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) Wie könnte die Bundesregierung die Nichtaufnahme der Arbeitsmarktregion Mönchengladbach in den 7. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe und damit auch die Nichtaufnahme des größten Teils des Kreises Heinsberg rechtfertigen, wenn gleichzeitig Regionen mit erheblich besseren Wirtschaftsdaten nur mit der Begründung der Besitzstandswahrung in der Förderung verbleiben?
44. Abgeordneter
Feinendegen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Region Mönchengladbach bereits bei den Datenreihen vergangener Jahre die Förderschwelle der Gemeinschaftsaufgabe jeweils nur knapp verfehlt hat, und wie würde sich damit ein Beschluß des Planungsausschusses vertragen jetzt nachdem die Region in Folge Verschlechterung der Wirtschaftslage nach den objektiven bundeseinheitlichen Daten die Förderschwelle um 19 v. H. überschritten hat, sie in die Förderung des 7. Rahmenplanes dennoch nicht aufzunehmen weil diese Daten plötzlich nicht mehr angewandt werden sollen, sondern stattdessen das Prinzip der Besitzstandswahrung vorrangig gelten soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

45. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU) Treffen die Angaben in der Neuen Zürcher Zeitung vom 24. Januar 1978 zu, wonach nach dem Stande vom März 1977 von insgesamt 1505 in FAO-Projekten eingesetzten Experten nur 33 aus der Bundesrepublik Deutschland kamen (dagegen 206 aus Großbritannien, 117 aus Frankreich, 78 aus Belgien, 64 aus den Niederlanden und 34 aus Dänemark), und was gedenkt die Bundesregierung zutreffendenfalls zu tun, um den deutschen personellen Anteil entsprechend ihrem hohen finanziellen Beitrag anzuheben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

46. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Schwierigkeiten, die nach § 35 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (I SGB) für die Leistung von Amtshilfe der Sozialleistungsträger gegenüber Strafverfolgungsbehörden entstanden sind, durch gesetzgeberische Maßnahmen zu beheben?
47. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in die Diskussion gekommene Verschiebung der Sozialwahlen um ein Jahr eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Versicherten bedeuten würde, und wird sie deshalb eine diesbezügliche Initiative zur Änderung der derzeitigen Rechtslage ablehnen?
48. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, Änderungen des bewährten Wahlverfahrens zu den Sozialwahlen dem Bundesgesetzgeber vorzuschlagen oder durch Verordnung vorzunehmen und gegebenenfalls welche?
49. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung auf dem Verordnungswege die unbefristete Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitnehmer bereits nach acht Jahren — beziehungsweise bei noch früher erworbener Aufenthaltsberechtigung auch zu diesem früheren Zeitpunkt — zu ermöglichen, und wann wird eine entsprechende Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung in Kraft treten?
50. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) Ist der Bundesregierung die Studie des Frankfurter Deutschen Gewerkschaftsbundes bekannt, die eine erhebliche Dunkelziffer bei der statistischen Erfassung von jugendlichen Arbeitslosen (siehe u. a. Meldung der Frankfurter Rundschau vom 30. Mai 1978) feststellt, und wenn, welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung daraus für ihre statistischen Untersuchungen und für weitere Maßnahmen mit dem Ziel der Verringerung der Zahl arbeitsloser Jugendlicher zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

51. Abgeordneter
Koblitz
(SPD) Besteht beim Bundesverteidigungsministerium die Absicht, die Standortverwaltungen im Raume Aachen unter Auflassung der Standortverwaltung Eschweiler-Stolberg neu zu ordnen?
52. Abgeordneter
Koblitz
(SPD) Besteht die Absicht, die bisherige Standortverwaltung Eschweiler-Stolberg nach Geilenkirchen zu verlegen und an Stelle der bundeseigenen Gebäude in Eschweiler, Neubauten für den Zweck der Unterbringung der Standortverwaltung zu erstellen, oder aber besteht die Absicht, die Standortverwaltung Eschweiler-Stolberg mit der Standortverwaltung in Aachen in neuzuerstellenden Gebäuden unterzubringen und zusammenzulegen?
53. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, angesichts der derzeitigen problematischen Lage auf dem Ausbildungsmarkt für Schulabgänger ihre laut früheren Aussagen grundsätzlich positive Haltung zu Ausbil-

- dungsstätten bei Bundeswehreinheiten dahin gehend zu überdenken, daß sie der Errichtung weiterer solcher Ausbildungsstätten, z. B. beim Jagbgeschwader 33 Sobernheim/Pferdsfeld, zustimmt?
54. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Kann das Bundesverteidigungsministerium mitteilen, wann die zugesagte Überprüfung der besonderen Dienstzeitbelastung für Unteroffiziere mit Portepee durch zusätzliche Dienste als FwW, OvWA, OvD u. ä. abgeschlossen wird?
55. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Sind schon jetzt Konsequenzen aus der angeordneten Überprüfung erkennbar?
56. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß eine Spezialeinheit der Bundeswehr oder sonstige Angehörige der Bundeswehr vor dem Besuch des KPdSU-Generalsekretärs Breschnew in Hamburg Straßen nach möglichen, den Besucher gefährdenden Gegenständen oder sonstigen gefährlichen Vorkehrungen abgesehen haben?
57. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche anderen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen haben Kräfte der Bundeswehr bei Gelegenheit des Staatsbesuches oder bei sonstigen, besonderen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verlangenden Gelegenheiten vorgenommen oder könnten sie nach Auffassung der Bundesregierung vornehmen?
58. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der von der Unwetterkatastrophe vom 22. und 23. Mai 1978 in Bayern und in Baden-Württemberg betroffenen Gemeinden und Bürger bzw. Firmen für den Einsatz der Bundeswehr keinerlei Kosten in Rechnung zu stellen, zudem der Einsatz der Bundeswehrsoldaten weitgehendst im öffentlichen Interesse (rascher Wasserablauf der Flüsse und Bäche, Straßensicherung, Verhinderung weiterer Wasserschäden an Häusern und in Betrieben) lag?
59. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß „immer mehr Fälle von gemeinsamen Treffen von Bundeswehroffizieren und Altnazis im Rahmen der Traditionspflege — bekannt“ werden, wie in einem Leserbrief in den „Westfälischen Nachrichten“ vom 27. Mai 1978 vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, Reinhard Schultz, behauptet wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
60. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Ist unter Bezugnahme auf die mir erteilten schriftlichen Antworten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium vom 1. Juni 1978 davon auszugehen, daß der Bundesverteidigungsminister an seiner schriftlichen Zusage vom 18. Juni 1976, durch eine Nutzungsänderung eine mindestens 50 v. H. Verringerung der Flugbewegungen und damit eine Lärmverringerung herbeizuführen, nicht mehr festhält, und wenn ja, ist diese veränderte Haltung darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung von Vertretern der betroffenen Gemeinden auf eine veränderte Beurteilung im Interessenkonflikt Arbeitsplätze-Fluglärm hingewiesen wurde?

61. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, dem Gesamtanliegen der Region und der Bevölkerung im Bereich Friesland sowie den von der Auflösung der Waffenschule 10 betroffenen Personen dadurch Rechnung zu tragen, daß zum Beispiel die künftige Stationierung einer Hubschrauberstaffel oder anderweitiger Truppenteile angestrebt wird?
62. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich jede staatliche Behörde, also auch die Bundesluftwaffe, an die staatlich festgelegten Verwaltungsgrenzen halten muß?
63. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Überfliegen von Randgemeinden unzulässig ist, wenn diese in eine Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern eingemeindet worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

64. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Kann die Bundesregierung das im Heft Nr. 6/78 des Verbraucher- und Freizeit-Magazins DM veröffentlichte Untersuchungsergebnis bestätigen, wonach „die Arzneimittelschränke der bundesdeutschen Krankenhäuser zum großen Teil überalterte und damit riskante Medikamente enthalten“, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, neben der im Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Apothekenwesen vorgesehenen Benennung von Kontrolleitern in Krankenhausapotheken zusätzlich Fachpersonal zur Kontrolle der Medikamentendepots in Krankenhäusern ohne Apotheke vorzuschreiben?
65. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Normierung sicherzustellen, daß alle Arzneimittelpackungen mit einem allgemein verständlichen Haltbarkeitsdatum versehen werden müssen?
66. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes (s. F. Schmidt: Med. Welt 28, 1183 (1977)), wonach im zuletzt ausgewerteten Jahr 1975 24 132 Bundesbürger an Krebs der Luftröhre, der Bronchien und der Lunge starben, was nicht nur einen neuen Rekord der absoluten Zahl der Lungenkrebstoten darstellt, sondern mit einer Steigerungsrate von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr und mit 860 zusätzlichen Todesfällen auch die höchste Zunahme seit 1956 bedeutet, und sieht sie auch auf Grund dieser Zahlen keinen Anlaß, eine Werbung für Zigaretten unter dem Aspekt des Leichtrauchens, die sich ausschließlich auf Filterzigaretten beschränkt und dem Raucher geringere Gesundheitsschädlichkeit suggeriert, als Verstoß gegen § 22 des Gesetzes zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts zu betrachten?
67. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche freien Jugendgruppen deutscherseits an dem jüngst abgehaltenen deutsch-polnischen Jugendforum teilgenommen haben und welche Themen beiderseits erörtert bzw. für künftige Zusammentreffen vorgeschlagen wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

- | | |
|---|--|
| 68. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Wie hoch wäre das zu erwartende Defizit der Deutschen Bundesbahn im Jahre 1978 anzusetzen, wenn die gesamten Wegekosten der Bahn — so, wie das im Straßenverkehr geschieht — von der öffentlichen Hand aus Haushaltsmitteln aufzubringen wären? |
| 69. Abgeordneter
Kleinert
(FDP) | Welche Kosten sind insgesamt durch den Ausbau des Güterbahnhofes Maschen bei Hamburg entstanden? |
| 70. Abgeordneter
Kleinert
(FDP) | In welchem Maße und mit welchem finanziellen meßbaren Erfolg wird die Anlage nunmehr ausgelastet? |
| 71. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) | Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß Kraftfahrer der Meinung sind, auf den Autobahnen Vorfahrt zu haben und deshalb durch das Urteil des Oberlandesgerichts München verunsichert werden, wonach der Vorrang der Kraftfahrer auf Bundesautobahnen dadurch eingeschränkt wird, daß den auf der durchgehenden Fahrbahn befindlichen Autofahrer dann bei einem Zusammenstoß mit einem in die Autobahn einfahrenden Kraftfahrer ein Mitverschulden trifft, wenn er vor Autobahneinfahrten sein Tempo nicht rechtzeitig verringert, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine Initiative ergreifen, um die entstandene Rechtsunsicherheit zu beseitigen? |
| 72. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Wie lange gedenkt die Bundesregierung noch, den mangelnden Sicherheitsstandard für den Flughafen Bremen zu tolerieren? |
| 73. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf Grund der Antworten auf meine Anfragen vom 12./13. April und 10./11. Mai 1978 bereit, die Verantwortung für die Sicherheit der Flughafenanwohner und Passagiere zu übernehmen? |
| 74. Abgeordnete
Frau
Verhülsdonk
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Absinken des Hochwassers auf die Hochwasserstufe 2 bei dem plötzlichen Wiedereinsetzen der Schifffahrt Flutwellen entstanden, durch die Gebäude überschwemmt wurden, die bis dahin nicht betroffen waren, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, mit Rücksicht auf hochwassergefährdete Städte am Mittelrhein niedrigere Pegelwerte für die Hochwasserstufe 2 international auszuhandeln, oder besteht wenigstens die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, daß die zahlreichen zu gleicher Zeit anfahrenden Schiffe größere Abstände voneinander einhalten müssen? |
| 75. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch der Anteil an den Unfällen auf den Straßen und Autobahnen der Bundesrepublik Deutschland ist, die durch Ausländer verursacht wurden oder an denen Ausländer beteiligt waren, untergliedert in Personenwagen, Lkw- und Transporterverkehr, und was unternimmt die Bundesregierung, um eine Einschränkung dieser Zahlen zu erreichen? |

76. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihren in dem Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 15. August 1977 dargelegten Standpunkt hinsichtlich ILS (Instrumenten-Landesystem) der Betriebsstufe I und des Gleitwegwinkels auf dem Flughafen Stuttgart-Echterdingen zu überprüfen, falls die von der Landesregierung von Baden-Württemberg bei Professor Steierwald vom Institut für Straßenbau und Verkehrswesen der Universität Stuttgart in Auftrag gegebene Untersuchung neue Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der gegebenen Zwangspunkte (Anschlußstelle Stuttgart-Flughafen, vorgeschriebener Sicherheitsabstand zwischen Autobahn und Start- und Landebahn sowie Autobahnknotenpunkt mit der geplanten neuen B 312) ergeben sollten?
77. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesbahn-Krankenkasse Rosenheim bei einer mitversicherten Tochter eines Bundesbahnbediensteten zwar die Abtreibung einer Leibesfrucht, aber nicht die Kosten für die Geburt eines Kindes übernimmt, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Tatsache mit dem Geist und den Grundsätzen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland für vereinbar?
78. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um eine Wiederholung des in Frage 77 geschilderten Vorfalles zu vermeiden?
79. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Aussagen darüber machen, wann der Ausbau der A 41 nördlich Gelsenkirchen Buer-Scholven beginnt, ob und mit welcher Priorität Bauabschnitte vorgesehen sind und mit welcher Bauzeit insgesamt zu rechnen ist?
80. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Überarbeitung des Bedarfsplans für den Bau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen der Bau der B 258 n in eine Prioritätskategorie eingestuft wird, daß er in den Jahren um 1990 realisiert werden kann?
81. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Welche Teilstrecken der „Eifelautobahn“ Aachen-Tondorf werden mit welcher Priorität eingestuft, und welche zeitlichen Abläufe für die einzelnen Bauabschnitte hat die Bundesregierung vorgesehen?
82. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der in Bad Dürkheim stehende Sender des Deutschlandfunks aufgegeben werden soll, und wenn ja, warum und wann?
83. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Wie ist gegebenenfalls sichergestellt, daß das von diesem Sender bisher erfaßte Gebiet auf andere Weise bedient wird?
84. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des in der letzten Zeit zu beobachtenden Aufschwungs des CB-Funkbetriebs mehr als die bisherigen 12 Frequenzen zur Verfügung zu stellen?
85. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung eine weitere Liberalisierung der Funkvorschriften für Amateürfunker wie sie beispielsweise in den USA oder Schweden üblich sind?

86. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist der Betrieb deutscher Küstenfunkstationen durch die Sendungen von Radio Kiew behindert oder ganz in Frage gestellt, und was denkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

87. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Trifft die Verlautbarung des Zentralverbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V. nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß die Bundesrepublik Deutschland im EG-Vergleich in der Wohnungsbauförderung an sechster Stelle — und damit im unteren Drittel — rangiert, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
88. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, aus dieser Tatsache Konsequenzen in der Hinsicht abzuleiten, daß sie das bisher praktizierte System der Wohnungsbauförderung in Zukunft stärker auf die Gewährung individueller Hilfen zu Lasten der Objektförderung umstellt, und sieht sie nicht auch in dieser Maßnahme eine willkommene Verstärkung der Wirtschaftstätigkeit, für die sich die Europäische Gemeinschaft in verschiedenen Verlautbarungen der letzten Monate ständig eingesetzt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

89. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Welchen Sinn sieht die Bundesregierung in der Förderung fortgeschrittener schneller Brutreaktoren durch die öffentliche Hand, wenn die Betriebserlaubnis dieser Reaktoren nicht vorgesehen ist, und insbesondere die nordrhein-westfälische Landesregierung sogar den letzten Betrieb des Prototyps eines schnellen Brutreaktors in Kalkar nicht genehmigen will?
90. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die unterschiedliche staatliche Finanzierung der Forschung und Entwicklung bei Urananreicherung und Wiederaufbereitung, insbesondere die Tatsache, daß die Forschung und Entwicklung bei der Wiederaufarbeitung langfristiger orientiert sein muß?
91. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über Systeme zur Nutzung der Solar-Energie in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht Solarkollektoren zur Warmwasserbereitstellung benutzen, und in welchem Umfange sind derartige Systeme durch die vorgesehenen Förderungsmaßnahmen des Staates mit berücksichtigt?
92. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- In welchem Umfange wird durch die spezielle Förderung von Wärmepumpen und Solarkollektoren durch den Staat die Entwicklung neuartiger Nutzungssysteme der Solar-Energie von Warmwasserbereitstellung behindert, weil diese nicht unter die Förderung fallen?

93. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Welche Förderungsmöglichkeit gibt es zur Zeit für die Nutzung der Solartechnik in der Bundesrepublik Deutschland, und wie ist insbesondere die steuerliche Behandlung der Solartechnik bei Eigennutzung und Vermietung von Wohngebäuden geregelt?
94. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Nutzung von Solarzellen zur Elektrizitätserzeugung in der Bundesrepublik Deutschland, und wird neben der Forschung und Entwicklung auch die Anwendung gefördert oder gefördert werden?
95. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Besteht nach Auffassung der Bundesregierung bei Satellitenunfällen für die Startstaaten die konkrete Informationspflicht und das Prinzip der Gefährdshaftung nach den allgemeinen Verpflichtungen des Völkerrechts zur Schadensabwehr, und ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit den verbündeten Staaten eine entsprechende völkerrechtskonforme Interpretation im Weltraumrecht und in der Staatenpraxis zum Weltraumrecht durchzusetzen, ohne in einem endlosen Verfahren ein Konsensprinzip anzustreben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

96. Abgeordnete
**Frau
Dr. Neumeister**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Tendenz von Gesundheitsstörungen bei Schulkindern durch den Schulstreß, und welche Folgen zieht sie daraus?
97. Abgeordneter
**Frau
Dr. Neumeister**
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Untersuchungen darüber vor, in welchem Ausmaß Schulstreß zu Gesundheitsstörungen führt, und welche Maßnahmen will sie in Zusammenarbeit mit den Kultusministern der Länder dagegen einleiten?
98. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten der Hilfe sieht die Bundesregierung bei den nach Auslaufen der Förderung durch die deutsche Forschungsgemeinschaft in Schwierigkeiten kommenden 20 Labors zur vorgeburtlichen Chromosomen-Diagnostik, die zur Vermeidung angeborener Schädigungen von größter Bedeutung sind?

Bonn, den 2. Juni 1978